



Standards senken – Jetzt erst recht!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es gibt Situationen im Leben, da fragt man sich einfach, wie kann das nur möglich sein.

Mir ging es so, als ich vor einigen Wochen im Saalfelder Stadtteil Köditz die neu errichteten Ortstafeln betrachtete und dachte „das ist jetzt nicht wahr“. Nach der Fertigstellung der Kulmbacher Straße wurden im Stadtgebiet mehrere neue Schilder aufgestellt. Zusätzliche Kosten, die sicher an anderer Stelle besser angebracht wären.

Solche Beispiele zeigen mir, dass sich Verwaltung manchmal einfach verselbstständigt, ohne den normalen Menschenverstand zu beachten. Wenn daraufhin auf eine Anfrage an das Landratsamt, als unterer Verkehrsbehörde, nur teilweise bis ausweichend geantwortet wird und kein Änderungsbedarf gesehen wird, dann kann sich jeder vorstellen, wie sich die Bürger fühlen, wenn sie so von der Landkreisverwaltung abgefertigt werden.

Für mich heißt das – jetzt erst recht! Über eine kleine Anfrage an die Thüringer Landesregierung habe ich auf das Problem dieser zusätzlichen Standards aufmerksam gemacht und die Kosten hinterfragt. An dieser Stelle werden wir sie über den weiteren Werdegang der Geschichte informieren.

Seit geraumer Zeit hat sich die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag vorgenommen, zu hohe und überflüssige Standards im Freistaat zu senken, um Kommunen und Land zu entlasten. Dabei sind wir auf ihre Mithilfe angewiesen. Wenn auch Sie weitere Vorschläge zur Standardsenkung haben, dann melden Sie sich bitte.

Ihr Landtagsabgeordneter

Maik Kowalleck

Neues aus dem Wahlkreis

Mobilitätssicherung in Theorie und Praxis



Master-Studenten vom Institut Verkehr und Raum der Fachhochschule Erfurt interessieren sich für die praktischen Erfahrungen mit dem Leutenberger Bürgermobil.

Noch wartet das Leutenberger Bürgermobil auf grünes Licht für seinen Wiedereinsatz in der Einheitsgemeinde einschließlich der Region Drognitz/ Altenbeuthen. Zu Jahresbeginn erhielt Leutenbergs Bürgermeister Klaus-Dieter Marten nun einen Zwischenbescheid aus dem Thüringer Verkehrsministerium. Dort steht man nach wie vor zu der 2011 getroffenen Vereinbarung aller Beteiligten. In einem Gespräch hatten sich Eigentümer und Betreiber des Bürgermobils, vertreten durch den Geschäftsführer des AWO-Kreisverbandes Saalfeld/Rudolstadt e.V. Andreas Krauß und den Leutenberger Bürgermeister Klaus-Dieter Marten, gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Maik Kowalleck und Vertretern des ÖPNV sowie des Thüringer Landesverbandes des Verkehrsgewerbes darauf verständigt, dass das Bürgermobil bei Einhaltung entsprechender Maßgaben weiterbetrieben werden kann. Für die endgültige Entscheidung des Landes bedarf es nunmehr noch einer Präzisierung und exakten Abgrenzung des Aktionsradius für das Fahrzeug. Denn, so das Verkehrsministerium in seinem Schreiben, die Beförderung mittels Bürgermobil darf nicht in Konkurrenz zu anderen vorhandenen Anbietern stehen, die ähnliche oder gleiche Verkehrsleistungen unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erbringen müssen. Sowohl AWO-Geschäftsführer Krauß als auch Bürgermeister Marten signalisierten, dass sie die noch bestehenden Unstimmigkeiten umgehend ausräumen wollen.

Wie wichtig es ist, bereits heute an die Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum von morgen zu denken und Modelle zu erproben, unterstrich einmal mehr eine vor wenigen Tagen stattgefundene Gesprächsrunde mit wissenschaftlichen Mitarbeitern und Master-Studenten vom Institut Verkehr und Raum der Fachhochschule Erfurt. Die Akademiker hatten ihr Interesse an den praktischen Erfahrungen mit dem Bürgermobil-Modell Leutenberg bekundet und wurden daraufhin von AWO-Kreisgeschäftsführer Andreas Krauß nach Saalfeld eingeladen.

Mit dem Titel „Verkehrstechnische Strategien für die Mobilitätssicherung in ländlichen Schrumpfungsräumen“ ist das Pilotprojekt überschrieben, mit dem sich die Studenten des Erfurter Instituts seit Mai 2011 befassen. Die Ergebnisse fließen wiederum ein in das europäische Projekt „EURUFU – European Rural Futures“. In Kooperation mit europäischen Partnerinstitutionen werden hier Herausforderungen des demographischen Wandels für Gemeinden und Städte in ländlichen Regionen sowie Möglichkeiten zur Sicherung öffentlicher Versorgungs- und Infrastrukturangebote untersucht. Es sollen neue Strategien für Gesundheits- und soziale Versorgung, Bildung, lokale Wirtschaft, Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Mobilität gefunden werden, um die kommunale und regionale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und um bereits ansässigen wie neuen Bewohnern, Firmen und Investoren in der Region ein attraktives Umfeld zu bieten. Das Partnerkonsortium besteht aus 11 Institutionen aus 7 europäischen Ländern, denn internationale Zusammenarbeit ist aufgrund der transnationalen Dimension des demographischen Wandels in Mitteleuropa von großer Bedeutung. Im Ergebnis des Projektes, dessen Abschluss für April 2014 vorgesehen ist, soll ein gemeinsamer Aktionsplan entwickelt werden. Die Projektleitung wurde vom Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr übernommen.

Landtagsabgeordneter Maik Kowalleck betonte, es sei Ziel der Thüringer Landesregierung, Wege aufzuzeigen und Alternativen zu finden, wie man dem demographischen Wandel begegnen könne. „Nach wie vor bin ich als Wahlkreisabgeordneter besonders an innovativen Lösungen für unsere Region interessiert, die darüber hinaus Pionierarbeit für andere Gebiete leisten können. Trotz Startschwierigkeiten ist das Modell Bürgermobil ein guter Ansatz zur Sicherung von Lebensqualität im ländlichen Raum. Wir dürfen nicht darauf warten, dass uns der demographische Wandel einholt, sondern müssen den damit einhergehenden Problemen aktiv begegnen.“, so der Abgeordnete.

Die praktischen Erfahrungen beim Einsatz des Bürgermobiles, aber auch Vorschläge für die zukünftige Nutzung, wie die Einrichtung einer Mobilitätszentrale, die Nutzung des Internets und Finanzierungsmodalitäten standen während des Gespräches zur Debatte.

Die Informationen werden nun in das Projekt einfließen.

Abschließend warb Andreas Krauß mit dem Vorschlag, ein Student möge seine Master-Thesis zum Thema Mobilität im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt schreiben. Der AWO-Kreisverband würde dazu gern ein konkretes Thema und die entsprechende Begleitung bereitstellen.

Schilderwald in Saalfeld



Ortstafel an der Bahnunterführung in Köditz

„Als ich die Ortstafeln am Anfang und Ende der Bahnunterführungen Saalfeld/Köditz gesehen habe, dachte ich an einen schlechten Scherz. Die Ortstafel am Parkplatz hinter der Saalfelder Südstadtbrücke setzt dem Ganzen die Krone auf.“, so der Saalfelder Stadtrat und Landtagsabgeordnete Maik Kowalleck, der darin ein Beispiel für übertriebenes Verwaltungshandeln sieht.

„Unsere CDU-Landtagsfraktion hat sich zum Ziel gesetzt: die Standards müssen runter, auch um in finanziell schwierigen Zeiten die Kommunen zu entlasten. Dazu gibt es viele Ansätze. Was für die Thüringer Landespolitik gilt, sollte auch vom Landkreis, in diesem Fall von der unteren Straßenverkehrsbehörde, bedacht werden.“

Während in anderen Landkreisen und Kommunen Aktionen für weniger statt mehr Verkehrsschilder laufen, werden an dieser Stelle Steuermittel unnötig verschwendet.“

Kowalleck hat nun eine kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht und nach den gesetzlichen Grundlagen und den Kosten für die Aktion gefragt. Darüber hinaus möchte er wissen, welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, Standards im Bereich der Beschilderung zu senken, um somit Kosten zu sparen.

Über die Antwort wird an gleicher Stelle informiert.

Fröbelschule Keilhau Thema im Landtag

Nachdem bereits seit Monaten die Schülerfahrtkosten für die Freie Fröbelschule Keilhau auf Kreisebene zur Diskussion stehen, ist die Bildungseinrichtung nun auch Thema im Thüringer Landtag.

Der Saalfelder Abgeordnete Maik Kowalleck hat in der Plenartagung des Landtags eine mündliche Anfrage an die Landesregierung gestellt. Insbesondere geht es Kowalleck um die Bedeutung der Schule für den Freistaat, welche finanzielle Unterstützung sie erhält und ob darüber hinausgehende Förderungen geplant sind.

„Nach vielen Gesprächen mit Eltern und der Schulleitung habe ich mich entschlossen, das Thema durch eine mündliche Anfrage an die Landesregierung aufzurufen. Die Fröbelschule braucht weiterhin Unterstützung von allen Seiten.“, so der Landtagsabgeordnete.

Die Freie Fröbelschule Keilhau setzt als einzige in Thüringen das reformpädagogische Schulkonzept von Friedrich Fröbel durchgängig von Klasse 1 bis 10 um und ist die einzige spezialisierte Sprachheilschule mit heilpädagogischem Wohnheim in Thüringen. Für Kinder, die aufgrund einer Sprachbehinderung in Grund- und Regelschulen, aber auch an Förderzentren nicht optimal gefördert werden können, gibt es diese spezialisierte Einrichtung.

Unterdessen ist wohl auch Bewegung in das Thema Fahrtkosten gekommen. Nach Informationen von Kowalleck hat der Landkreis zumindest teilweise eingelenkt und neue Bescheide an die Eltern verschickt.

Für Kowalleck steht auch hier fest: „Steter Tropfen höhlt den Stein. Es war besonders wichtig, nochmals die Mitglieder des Kreistages für das Thema zu sensibilisieren.“

Schon das Beispiel der Regelschule Lichte hat gezeigt, dass mit viel Engagement auch die Landkreisspitze zum Einlenken bewegt werden kann.“



Inzwischen liegt das Protokoll der 77. Sitzung des Thüringer Landtags vor. Die darin enthaltene Antwort des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf die mündliche Anfrage können Sie auf www.maik-kowalleck.de nachlesen.

CDU-Fraktion präsentiert Vorhaben 2012

Mit eisernem Sparwillen und entschlossen, die demokratischen Rechte des Landtags und die nationale Souveränität in der europäischen Integration zu wahren - so hat sich die Thüringer CDU-Fraktion am Freitag zum Abschluss ihrer Winterklausur im Kloster Volkenroda bei Mühlhausen präsentiert. Fraktionschef Mike Mohring rief 2012 zum "Jahr der Konsolidierung" aus. Nachdem 2011 das "Jahr der CDU" gewesen sei, würden die kommenden Monate nun die entscheidenden der laufenden Legislaturperiode werden.

Mohring sagte, dass in diesem Jahr erneut haushaltspolitische Überlegungen im Zentrum der Arbeit seiner Fraktion stehen sollen. „Die CDU-Fraktion wird das Ihre dazu beitragen, dass die wieder erreichte disziplinierte Finanz- und Haushaltspolitik verfestigt, verstetigt und unumkehrbar wird.“

So habe die Fraktion beschlossen, sich dafür einzusetzen, die Stellen von Spitzenverdienern innerhalb der Landesverwaltung neu zu bewerten: Abteilungsleiter sollen künftig nicht mehr in die Besoldungsgruppe 6, sondern nur noch in Gruppe 5 eingestuft werden. Zudem solle die Regierung prüfen, ob die Beamtenbesoldung künftig flexibler gehandhabt werden könne. Ziel sei es, Einsparung bei den Landesbediensteten nicht alleine durch einen Stellenabbau zu erreichen.



CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Gauweiler (Bildmitte) zählt neben Landesbischof i.R. Prof. Dr. Christoph Kähler und F.A.Z.-Korrespondent Claus Peter Müller von der Grün zu den Gästen der dreitägigen Klausurtagung.

Insgesamt beschlossen die Fraktionsmitglieder einen Katalog von 90 Vorhaben, denen sie sich im laufenden Jahr widmen wollen.

Darunter seien die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs, die Verhandlungen zur Verabschiedung eines Doppelhaushaltes für 2013/2014 und die Ausweitung der Kompetenzen der Parlamentarischen Kontrollkommission, die das Landesamt für Verfassungsschutz überwacht.

Dass es angesichts der Vielzahl an Vorhaben in den kommenden Monaten zu vermehrten Reibereien innerhalb der Koalition mit der SPD kommen könnte, schlossen sowohl Mohring als auch Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht aus. Gleichzeitig rügten beide jedoch den jüngsten Vorstoß der SPD zur Einführung eines allgemeinen Mindestlohns. „Es ist schade, dass das Ziel, auskömmliche, gute Löhne zu erreichen, konterkariert wird durch ein nicht zielführendes Verfahren. In Gänze gesehen, war das keine vertrauensbildende Maßnahme“, sagte Lieberknecht. Die SPD-Initiative verletzte die Tarifautonomie.

Die CDU-Fraktion beschloss auf ihrer Klausur, die Tarifpartner dazu aufzufordern, sich auf eine bundesweit einheitliche Lohnuntergrenze in Höhe von 7,89 Euro zu einigen. Damit orientierten sich die Abgeordneten am Mindestlohn in der westdeutschen Zeitarbeitsbranche.

Zum Abschluss der Klausur zeigte sich die Fraktion zudem europakritisch. Die Abgeordneten seien sich einig darin, keine „Vereinigten Staaten von Europa“ zu wollen, hieß es. Die Länderparlamente wie auch der Bundestag müssten in alle wichtigen Entscheidungen zur EU einbezogen werden. Peter Gauweiler, der in der Vergangenheit vor dem Bundesverfassungsgericht gegen eine Übertragung nationaler Kompetenzen nach Brüssel geklagt hatte, bestärkte die Fraktion in dieser Haltung. „Wir müssen vermeiden, dass das Parlament in zentralen Fragen nichts mehr beeinflussen kann“, sagte er. Andernfalls leiste man einer Politikverdrossenheit Vorschub. „Ein Parlament, das nichts entscheiden kann, braucht man auch nicht zu wählen.“

Keine Öko-Regeln für Dienstwagen

Thüringen wird keine Bundesratsinitiative starten, um Dienstwagen mit höherem CO₂-Ausstoß stärker zu besteuern. Der Landtag lehnte einen entsprechenden Antrag (Drs. 5/3897) der Grünen-Fraktion ab. Sie begründete den Vorstoß damit, dass das Steuerrecht keinerlei Anreize biete, um die Umweltbelastung durch die Dienstwagen zu verringern. Die Fraktionen von CDU und FDP bezeichneten den Plan als „Bevormundung“. „Das Ziel ist zu bejahen“, sagte Finanzminister Dr. Wolfgang Voß (CDU) im Plenum. Das Steuerrecht sei dafür aber nicht das richtige Instrument.

Das unterstrich auch der CDU-Abgeordnete Maik Kowalleck: „Die CDU spricht sich klar für eine Vereinfachung des Deutschen Steuerrechts aus und will das Steuerrecht nicht noch zusätzlich für lenkungspolitische Zwecke missbrauchen.“

Veranstaltungshinweise

4. Pilgerreise der CDU Thüringen nach Königsberg



Terminstart:
30.03.2012 18:00 Uhr
Terminende:
03.04.2012 05:00 Uhr

Königsberg (Kaliningrad), die alte ostpreussische Metropole an der Pregel, ist Ziel der vierten Pilgerreise der

CDU Thüringen. Für die Rückfahrt ist der Besuch der Hafenstadt Danzig vorgesehen. Unsere Landesvorsitzende und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht wird diese Reise begleiten.

Bei Interesse erhalten Sie über folgenden Link weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung.

<http://www.cdu-thüringen.de/inhalte/3/termine/10554/pilgerreise-des-cdu-landesverbandes-nach-koenigsberg/index.html>

Europäische Währungsunion

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Carola Stauche spricht Dr. h. c. Hans Michelbach, MdB, Mitglied im Bundestagsausschuss für Finanzen, am 15. Februar, um 19.00 Uhr im Hotel „Tanne“, Saalstraße 35, in Saalfeld zum Thema: „Welche Verantwortung trägt Deutschland als Stabilitätsanker in der Europäischen Währungsunion?“

20. Politischer Aschermittwoch in Bad Sulza

Am 22. Februar 2012 findet der 20. Politische Aschermittwoch des CDU Kreisverbandes Weimarer Land im Bad Sulzaer Conference Center an der Therme statt. Eintrittskarten sind erhältlich über die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Apolda, Markt 3a. Zu erreichen unter Tel.: 03644-558735 oder per Email unter: cdu.weimarerland@arcor.de.

Impressum:

Herausgeber: CDU-Bürgerbüro, MdL Maik Kowalleck
Obere Straße 17, 07318 Saalfeld
Telefon/Fax: 03671 625279
E-Mail: info@maik-kowalleck.de
Internet: www.maik-kowalleck.de
www.wahlkreisurier.de